

# **AUS ODASTAN NICHTS NEUES: ES GILT DAS GEBROCHENE WORT**

DIE UNZUREICHENDE DEUTSCHE  
„ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSUNTERSTÜTZUNG“  
2006 BIS 2011/2012

Ludger Reuke und Yasmin Grohse



## Zusammenfassung

Die Industrieländer versprachen schon 1970 in der UN-Vollversammlung, 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE, damals BSP) bis etwa 1975 für Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen. Gehalten haben dieses Versprechen nur fünf Länder, die anderen – auch Deutschland, zuletzt im Koalitionsabkommen von 2009 – haben das Versprechen immer wieder erneuert, aber nie auch nur annähernd erreicht. Auch das Bundesentwicklungsministerium BMZ unter Bundesminister (BM) Dirk Niebel verharrte unter 0,4 %.

Inhaltlich ist eine klare Verlagerung von „Armutsbekämpfung als überwölbendem Ziel“ zur Außenwirtschaftsförderung festzustellen. Das entspricht nicht den Richtlinien des Development Assistance Committee (DAC) der OECD und widerspricht den Warnungen des DAC in den beiden Peer Reviews von 2005 und 2010. Die Selbst- oder Mitbestimmung der Partner wurde nicht ausgebaut, sondern beschnitten. Als „Ersatzvornahme“ für die eigentlich gewollte und vom DAC geforderte Fusion von GTZ und KfW Entwicklungsbank wurden InWent und DED mit der GTZ vereinigt zur GIZ; eine Fusion, in der die Inhalte „Unternehmen“ und „Dienst“ nicht zueinander passen. Ob neue Finanzierungsquellen, etwa die Finanztransaktionssteuer, wirklich zur Steigerung der Entwicklungsfinanzierung führen werden, ist nicht gesichert. So darf es nicht weiter gehen.

## Impressum

**Autoren:** Ludger Reuke und Yasmin Grohse

**Redaktion:** Daniela Baum, Kathrin Kühn

**Herausgeber:**

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Schiffbauerdamm 15

D-10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Juni 2013

Bestellnr.: 13-5-03

ISBN 978-3-943704-09-9

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: [www.germanwatch.org/de/6870](http://www.germanwatch.org/de/6870)

Wir danken den Statistikern beim DAC und den deutschen Stellen für ihre erneute Unterstützung. Der evangelische Entwicklungsdienst (eed), Misereor und die Stiftung Umverteilen hielten die Neubearbeitung der ODA-Studie für nützlich und waren zu einer wesentlichen Beteiligung an der Finanzierung bereit. Dafür sind wir dankbar.

# Inhalt

Vorwort .....	4
A) Der politische und finanzielle Rahmen.....	5
B) Zusammensetzung der ODA-Leistungen.....	7
1. „Frisches Geld“: Leistungen für die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit aus dem BMZ, inklusive EEF .....	7
2. Das virtuelle Geld ist (fast) ausgegangen: der Schuldenerlass zu Lasten des Bundesvermögens .....	8
3. Pauschalzuweisung in das EU-Budget: Der Finanzminister überweist direkt nach Brüssel .....	8
4. Nothilfe, Beiträge zu den UN und UN-Fonds: Die ODA-Leistungen anderer Ministerien .....	8
5. Die trügerische „Leistung“ der Bundesländer: „Studienplatzkosten“ mit kleiner Beigabe. ....	9
6. „Flüchtlingsentwicklung“: Gemeinde-ODA? .....	10
7. Anrechnung von Klimakosten: Vertretbar erst nach Erhöhung auf ca. 1,2 % .....	11
C) Veränderungen bei der weiteren Verwendung der Mittel.....	12
1. Tendenzielle Rückwärtsbewegung.....	12
2. Multi- oder bilateral: Unergiebiger Streitpunkt .....	12
3. Budgethilfe: Theoretisch beste Unterstützung, praktische Hürden.....	13
D) Fazit und Ausblick .....	14
Tabellen und Grafiken .....	15
Anhang .....	26

## Neubearbeitung und Fortschreibung der Studien:

- „Die deutschen ODA-Leistungen 2000 bis 2003/2004“ von 2005
- „Alles in ODA, [o:da]? Wider die Unordnung in der Anrechnung deutscher ‚Offizieller Entwicklungsunterstützung‘ 2003 bis 2006/07“ von 2008
- „ODA: Wie versprochen, so gebrochen. Die deutsche ‚Offizielle Entwicklungsunterstützung‘ 2003 bis 2008/09“ von 2010

„Vor dem Hintergrund der unbefriedigenden ODA-Bilanz aller bisherigen und der jetzigen Bundesregierungen rufen wir dazu auf, von gegenseitigen Schuldzuweisungen abzusehen und es gemeinsam besser zu machen.“  
(aus dem Aufruf: „Das Versprechen einhalten“, den bisher 372 MdB unterzeichnet haben. Siehe Anhang, S. 26)

## Vorwort

Nichts Neues (wie unsere Überschrift suggeriert), doch was Neues (wie oben zitiert)? Schaut man sich die Tabellen und Grafiken an, so gibt es für die ODA<sup>1</sup> nichts Neues, seit die FDP 2009 das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) übernommen hat. Wir stehen weiterhin mit 0,38 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) von 2012 und Platz 12 (2009 auf 14) im Mittelfeld der inzwischen 23 DAC-Länder. Die in den *Millenium Development Goals (MDG)* bzw. in Monterrey 2002 erneut versprochenen und im Koalitionsabkommen von 2009 bestätigten „0,7 % des BNE bis 2015“ sind in weite Ferne gerückt; denn der politische Wille und die aus ihm resultierende mittelfristige Finanzplanung lassen kaum auf eine substantielle Erhöhung des „Frischen Geldes“ hoffen.

Soll man überhaupt noch über die MDG, die ODA oder das 0,7 %-Ziel nachdenken/diskutieren/schreiben? Ist das nicht altmodisch und sind das nicht „Ziele, die andere Regierungen *vor langer Zeit versprochen* haben“ (so BM Niebel in ntv-online am 29. Dez. 2012)?

Wir haben doch schon seit 2010/2011 die interessantere Diskussion über unzureichende MDG, weitergehende *Sustainable Development Goals (SDG)* und über „beyond 2015“? Dieser Diskussion haben sich viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) angeschlossen und laufen dabei wie die staatlichen Akteure Gefahr, eine *notwendige Diskussion über die Gründe* für das bisherige Scheitern der MDG (zumindest für Subsahara-Afrika) lange vor 2015 zu vermeiden und sie durch die *Pläne* für umfassendere SDG nach 2015 zu ersetzen. Man muss nicht so weit gehen wie Bernd Hamm im Informationsbrief W&E 02/2013: „Die (NGO) sind inzwischen inkorporiert und beißfaul; sie freuen sich über den Abglanz der Macht, der zuweilen auf sie fällt“. Aber die Gefahr, das regionale *reale* Scheitern (der MDG) durch neue *Pläne* (SDG) zu übertünchen, ist nicht von der Hand zu weisen. Überlegen wir dann ab etwa 2025, wie es „beyond 2030“ weitergehen soll?

---

<sup>1</sup> Die Official Development Assistance (ODA) ist die Summe der öffentlichen Leistungen, die nach Abzug evtl. Rückflüsse oder Tilgungen vom Development Assistance Committee (DAC) in der OECD als entwicklungsrelevant anerkannt sind.

Die ODA-Quote ist das Verhältnis der ODA-Leistungen zum BNE, dem Bruttonationaleinkommen, das seit 1998 international an die Stelle des Bruttosozialprodukts getreten ist. Weitere Erklärungen dazu: siehe Vorbemerkungen zu den Tabellen und Grafiken auf S. 15.

## A) Der politische und finanzielle Rahmen

Aus dem Bundestag gab es den „Aufruf zu einem fraktionsübergreifenden entwicklungspolitischen Konsens zur Erreichung des 0,7 %-Ziels“, der von den Entwicklungspolitikern der Grünen und dann aus dem Kreis aller FraktionssprecherInnen im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AwZ) auf den ganzen Bundestag übersprang. Schließlich hatten über 60 % der Mitglieder des Bundestages (MdB) unterschrieben, dass sie sich „dafür“ (je 1,2 Mrd. mehr im Einzelplan 23 in jedem der folgenden vier Jahre = 2012 bis 2015) „mit aller Überzeugung einsetzen“ würden. – Das war neu.

Als es aber zur Abstimmung über den Haushalt 2012 kam, stimmten alle MdB mit ihrer Fraktion. Der Regierungsentwurf wurde mit den Stimmen der Koalitionspartner gegen die Oppositionsfraktionen angenommen. – Doch nichts Neues.

Ähnlich erging es dem Haushalt 2013. Dessen Einzelplan 23 für das BMZ wurde sogar noch im Haushaltsausschuss vor der Plenumsabstimmung so sehr gekürzt, dass es erstmals seit 1998 zu einer Kürzung auch des gesamten BMZ-Haushalts kam. Daran war der BMZ-Minister laut eigener Pressemitteilung jedoch völlig unschuldig. Nachdem er für den zu niedrigen Ansatz schon den Finanzminister verantwortlich gemacht hatte, der anscheinend lieber bei FDP-Ministerien kürze als bei von der Union geführten, schob er die Schuld für die Kürzung dem Parlament zu: „Das Parlament hat in diesem Fall sein Haushaltsrecht genutzt und für den Haushalt 2013 andere Prioritäten gesetzt als die Bundesregierung, das ist zu akzeptieren“. Und dann sprach er sich von jeder Schuld daran frei, dass Deutschland das 0,7 %-Ziel nun nicht mehr erreichen könne: „Damit allerdings verabschiedet sich das Parlament zugleich von dem erstmals vor 43 Jahren international versprochenen Ziel, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen (ODA-Quote). Ich respektiere die Entscheidung des Parlaments, zugleich stelle ich aber fest, dass Deutschland dem selbst gesteckten Anspruch nicht mehr gerecht werden kann.“

Das Parlament ist schuld, nicht der Minister, nicht die Regierung!

Neu ist auch die schrittweise „FDPisierte Entwicklungspolitik“ (so Christiane Grefe in der ZEIT vom 28. Juli 2011). Nachdem der ursprüngliche Plan, das BMZ in das Auswärtige Amt (AA) einzugliedern, nicht realisiert werden konnte, wurde das BMZ planmäßig übernommen. Es ist zwar häufig, dass nach einem Regierungswechsel neben den Ministern und mehreren Staatssekretären auch einige Abteilungsleiter ausgewechselt werden, aber alle? Aus den drei alten Abteilungsleitern wurden fünf neue, unter denen nur einer sachverständig war und nicht der FDP angehört. Auch bei den anderen neuen Führungskräften des BMZ ist die Zugehörigkeit zur FDP das wichtigste erkennbare Auswahlkriterium. Die FDPisierung ging inzwischen weit „darunter hinab“ bis auf die Ebene der Unterteilungs- und sogar ReferatsleiterInnen. Auf diesen Ebenen kann sie auch einen eventuellen Wechsel an der Spitze des Ministeriums überdauern.

Und dann gab es auch noch eine Fusion. Das war zwar nicht die Fusion aus GTZ und KfW Entwicklungsbank, welche die NRO seit langem und das DAC (OECD) bereits in seiner Peer Review 2005 gefordert und 2010 wiederholt hatte. Aber das BMZ hat er-

reicht, dass es nach der Fusion von GTZ, InWEnt und DED zur GIZ in Deutschland keine öffentlichen Diskussionen mehr gibt über „Die Fusion“.

Hier hat sich also wenig zum Positiven gewendet. Der Satz von 1982<sup>2</sup>: „Ungeachtet der derzeitigen finanziellen Engpässe soll das 0,7 %-Ziel weiter verfolgt werden“, könnte immer noch von heute sein. Dass die Ziele nach Monterrey 2002 erneut formuliert wurden, dass für 2010 die 0,51 % und für 2015 endlich die 0,7 % festgelegt wurden, hat keine belebende Rolle gespielt. Die ständige Wiederkehr von „Wir erreichen das Ziel“ und die gleichzeitig feststellbare Nichterreicherung schaffen ein Gefühl der Wirkungslosigkeit und erwecken den Eindruck, das sei nun mal schicksalhaft und nicht zu ändern. Die ständige Wiederholung hat zwar dazu geführt, dass kaum noch jemand widerspricht, wenn man die Erreichung der 0,7 % zum offiziell verbindlichen Teil der bundesdeutschen Politik erklärt, aber reale Auswirkungen hat diese rein verbale Festlegung (auch im Koalitionsabkommen von 2009) nicht.

Die Chancen, dass eine Finanztransaktionssteuer in einiger Zeit erhoben wird, haben sich seit der zustimmenden Rede des Finanzministers im Mai 2011 und der „Verstärkten Zusammenarbeit“ von elf willigen Staaten in den letzten Monaten zwar erhöht<sup>3</sup>, dass die Erträge – zumindest zu einem erwähnenswerten Teil – in die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und die Klimapolitik fließen, ist jedoch keineswegs gesichert.

Der Anstieg des „Frischen Geldes“ im Einzelplan 23 ist zwar nach 2008 nicht weiter gegangen, aber dieser und einige andere Ausgaben (Klima) waren 2009 so hoch geworden, dass die ODA-Quote nicht wegen der wegfallenden Schuldenerlasse in ein Loch fiel. Die Schuldenerlasse pendelten sich seitdem bei etwa 4 % ein und haben deshalb gegenüber der Situation von 2004 bis 2006 an Wichtigkeit verloren.

Die von uns in der letzten ODA-Studie von 2010 näher behandelte Mythenbildung von den „Unglaublichen Billionen“ hat weiterhin faule Früchte getragen, wie sich in manchen Diskussionen nicht nur in Volkshochschulen, sondern auch in Akademien und Universitäten zeigt. Sie muss also weiterhin bekämpft werden.

Neu aufgenommen haben wir die Tabelle 8, weil die DAC-Peer-Review von 2010 deutlich kritisiert hatte, dass die deutschen ODA-Leistungen hauptsächlich gegenüber Lower- und Higher-Middle-Income-Countries erbracht würden. Die Tabelle mit ihrer häufig wiederkehrenden Erwähnung von Brasilien, Indien, China und auch Südafrika, also vier der sogenannten BRICS-Staaten, bestätigt das für die letzten zwölf Jahre. Dies ist ein Anzeichen dafür, dass Wirtschaftsinteressen in der „Armutsbekämpfung“ schon seit vielen Jahren eine wesentliche Rolle spielen. Eine Tendenz, die sich weiter verstärkt hat.

---

<sup>2</sup> Das war das Jahr der größten Einigkeit in der Entwicklungspolitik. Es war auch neben 1983 das Jahr mit der bis heute höchsten deutschen ODA-Quote: 0,47 %. In der mittelfristigen Finanzplanung waren weitere erhebliche Steigerungen vorgesehen: Damals war der Politische Wille bei allen Akteuren vorhanden. Zur weiteren Entwicklung mit dem hartnäckigen Tief bei 0,26 % (seit 1998) s. Grafik 1.

<sup>3</sup> Allerdings besteht seit einer Klage Großbritanniens und bei dem inhaltenden Widerstand im Finanzsektor die akute Gefahr, dass die Transaktionssteuer nur noch auf Aktien und nicht mehr auf Derivate erhoben werden soll.

## B) Zusammensetzung der ODA-Leistungen

Die Beschäftigung mit der ODA und der Erreichung der 0,7 % hat sich bei offiziellen Stellen ebenso wie bei NRO in den letzten Jahren nicht weiter verstärkt. Gegenüber einer seit 2011 stärker werdenden Beschäftigung mit den SDG und „beyond 2015“ ist sie in den Hintergrund getreten.

An der Etablierung der Mittel für den *Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)* im Einzelplan 23 sowie der direkten Überweisung der anteiligen Beiträge der Bundesrepublik zum entwicklungsrelevanten Teil des EU-Haushalts durch den Finanzminister hat sich nichts geändert, obwohl das EU-Parlament immer wieder die Einstellung *aller* Mittel für Entwicklungsländer, also auch der für die ehemaligen (EU)-Kolonien, die *AKP-Staaten* (Afrika, Karibik und Pazifikstaaten), in den EU-Haushalt gefordert hat. Die Verrechnung der Schuldenerlasse mit dem Bundesvermögen ist ebenfalls weiter ausgeübte Praxis.

Auch wenn wir wegen der fehlenden Transparenz wieder keine absolute Klarheit bis ins letzte Detail garantieren können, kommen unsere Tabellen und Grafiken sowie die aus ihnen im Folgenden hergeleiteten Aussagen u. E. der Wirklichkeit ziemlich nahe.

### 1. „Frisches Geld“: Leistungen für die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit aus dem BMZ, inklusive EEF

Die erkennbare Absicht der Bundesregierung ist seit vielen Jahren und verstärkt seit 2009 nicht, die Mittel, also das „Frische Geld“ zu erhöhen, sondern Anerkennungsmöglichkeiten als ODA-Leistungen zu erweitern. Im Einvernehmen mit der niederländischen Regierung erteilte das BMZ dem *European Centre for Development Policy Management (ECDPM)* den Auftrag, weitere Anerkennungsmöglichkeiten zu eruieren. Die im Mai 2012 erschienene Studie „Measuring Policy Coherence for Development“ schlug vor, „Frieden, Sicherheit und Militär“, die „Privatsektorförderung“ und die „Klimafinanzierung“ in die Überlegungen zur ODA-Kalkulation einzubeziehen. Das DAC hat daraufhin neue Überlegungen an-, aber noch keine neuen Richtlinien aufgestellt.

Inhaltlich ist eine Verlagerung von „Armutsbekämpfung als überwölbendes Ziel“ zur Außenwirtschaftsförderung festzustellen. Zunächst hieß es noch: „Die Erfahrungen lehren uns, dass nachhaltiges und breitenwirksames Wirtschaftswachstum die beste Form der Armutsreduzierung ist. Die Förderung von Wirtschaftswachstum muss deshalb im Zentrum aller Bemühungen stehen“ – wobei durchaus die „Süd“-Wirtschaft gemeint war.<sup>4</sup> Dann jedoch berief das BMZ für den 26./27. April 2013 ungeniert mit dem AA und dem Bundeswirtschaftsministerium eine Konferenz in Accra ein mit dem Titel „Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit für alle Seiten ein Gewinn“ (Gemeinsame Presseerklärung vom 25.4.2013). Da steht eindeutig die deutsche Wirtschaft im Mittelpunkt – und das trotz der unmissverständlichen Warnung des DAC

---

<sup>4</sup> BM Niebel 2010 im Venro-Bericht 17: „Jede Stimme zählt: Wie wir die Millenniumsziele bis 2015 erreichen können“

von 2010: „Deutschland sollte mit großer Vorsicht das Risiko beachten, das sich aus einer Kombination der Betonung der Entwicklung des privaten Sektors [...] mit der Förderung von Deutschlands eigenen Handelsinteressen ergibt. Dies birgt die Gefahr in sich, dass Entwicklungsprogramme für Zwecke benutzt werden, die nicht mehr auf die ODA anrechenbar wären“ („Deutschland: Entwicklungsausschuss (DAC) Peer Review“, Paris 2010). Dafür spricht auch die Aussage von BM Niebel, dass es unter ihm keine neuen Zusagen für Budgethilfe geben werde. Das wäre nach Auffassung des Ministers genau die falsche Richtung. Die Schrumpfung der multilateralen Leistungen von 41,25 % (2009) auf 33,44 % (2012) scheint dies zu bestätigen.

## **2. Das virtuelle Geld ist (fast) ausgegangen: der Schuldenerlass zu Lasten des Bundesvermögens**

Mit 39,15 % an der anerkannten ODA hatte der Schuldenerlass 2005 die Spitzenposition unter den ODA-Leistungen erlangt. Die moderate Abschwächung 2006 bis 2008 wurde 2009 mangels Masse abrupt: Es gab fast keine weiteren erlassbaren Schulden der Least Developed Countries (LDC). Nun bildeten die Schuldenerlasse nur noch 1,19 % der ODA. In den Jahren 2010 bis 2012 stiegen sie dann wieder leicht an, bis 2012 auf 4,16 %. Damit ist die Bedeutung der Schuldenerlasse für die ODA und damit auch die „Aufblähung der ODA“ erheblich geringer geworden.

## **3. Pauschalzuweisung in das EU-Budget: Der Finanzminister überweist direkt nach Brüssel**

Da sich bei der Pauschalzuweisung in das EU-Budget kaum etwas geändert hat, bleibt die Feststellung bestehen: Diese Zahlung war bis 2001 die zweithöchste ODA-Leistung, ist es nach dem Absinken der Schuldenerlasse im Jahr 2009 wieder geworden und seither geblieben (2011: 11,09 %). In absoluten Zahlen lag diese Summe vor 2004 etwas unter 1 Mrd. € und ist seither Jahr für Jahr leicht angestiegen (2011 waren es 1 244 Mio. €). In dieser Position ist auch weiterhin nicht mit einschneidenden Änderungen zu rechnen; sie ist – außer in ihrer Höhe – wenig aufregend.

## **4. Nothilfe, Beiträge zu den UN und UN-Fonds: Die ODA-Leistungen anderer Ministerien**

Der Anteil der Leistungen des AA, die für die ODA angerechnet werden, hat 2011 mit 7,81 % wieder ungefähr die Höhe von 2000 (8,88 %) erreicht, nachdem er 2006 und 2007 auf 3,6 % gesunken war. Allerdings ist dieser Titel normalerweise mehr von Katastrophen und den nachfolgenden Nothilfemitteln bestimmt als von politischen Vorgaben. Außerdem hat die Verlagerung des bisherigen BMZ-Referats, das einen reibungslosen Übergang von der Nothilfe zur Entwicklungsunterstützung sichern soll, in das AA zu dieser Erhöhung beigetragen.



Die Begehrlichkeiten im AA, sich das BMZ einzuverleiben, spielten im Bundestagswahlkampf 2009 nur eine geringe, auf die FDP beschränkte Rolle. Die FDP versuchte nach ihrem großen Wahlerfolg auch in den Koalitionsverhandlungen die Übernahme durchzusetzen. Nachdem sich das jedoch als unmöglich erwiesen hatte, betrieb sie die personelle Vergrößerung und Durchdringung des BMZ (die „FDPisierung“) mit Verve und auch Erfolg, weil sich die CDU – inklusive ihrer Vorsitzenden – und die „alte Entwicklungsminister-Partei CSU“ das bis auf wenige Ausnahmen gefallen ließen.

Der Anteil des Umweltministeriums an der ODA hat sich in den letzten Jahren gegenüber nur 0,85 % im Jahr 2008 auf 1,85 % für das Jahr 2011 mehr als verdoppelt (auch in absoluten Zahlen von 82 000 000 auf 187 600 000 Euro); aber der erwartete große Sprung hat sich nicht gezeigt. So kann der Entwicklungsminister weiterhin beanspruchen „mit ungefähr einer Milliarde Euro das ‚eigentliche Klimaministerium‘“ zu sein.

Es bestätigt sich ferner, dass die „Klimakosten“ kaum aus den „Entwicklungskosten“ herausgerechnet werden können. Es gab innovative Ansätze, zusätzliche Finanzquellen für die Klimafinanzierung nach dem Verursacherprinzip zu erschließen und auch international durch die Verwaltung im Energie- und Klimafonds (EKF) Transparenz herzustellen. Völlig auf der Strecke blieb jedoch die Zusage, dass das Geld für die Klimafinanzierung *zusätzlich* zu dem 0,7 %-Versprechen erbracht werden soll.

Die Leistungen anderer Ministerien bestehen auch weiterhin hauptsächlich aus Beiträgen für UN-Sonderorganisationen.

## **5. Die trügerische „Leistung“ der Bundesländer: „Studienplatzkosten“ mit kleiner Beigabe.**

Die gesamten Leistungen der Bundesländer machten in den zehn Jahren von 1994 bis 2004 einen ständig steigenden Anteil an der bundesdeutschen ODA aus: 2004 um die 9 % bei der Brutto-ODA und um 10 % der Netto-ODA (siehe dazu S. 15). Die Länder hatten scheinbar immer größere Anstrengungen zur Unterstützung von Entwicklungsländern unternommen. Bis 2008 ist der Anteil an der Brutto-ODA zwar auf 6,2 % gesunken (an der Netto-ODA auf 7,11 %); aber immer noch beachtlich. Wenn der Schein jedoch irgendwo trügt, dann hier; denn: Das starke Ungleichgewicht zwischen den beiden Positionen der ODA-Leistungen der Länder („Studienplatzkosten“ und „EZ“) hat sich seit 1994 erst verstärkt und dann stabilisiert. Die sogenannten „Studienplatzkosten“ sind von 79,5 % im Jahr 1994 bis 2005 auf ca. 95 % gestiegen und prozentual fast auf dieser Höhe geblieben (2008: 643 174 000 € oder 93,44 %). Die überwiegend entwicklungsrelevanten „traditionellen EZ-Maßnahmen“<sup>5</sup> dagegen, die 1994 noch über 20 % der Länderleistung ausmachten, sind über knapp 15% im Jahr 2000 bei 4,88 % im Jahr 2005 gelandet (38 191 000 €) und bewegen sich seitdem um die 7 % (2008 waren es 45 126 000 € oder 6,56 %; 2011 dann 6,94 %). Diese prozentuale Verschiebung ist bedauerlich.

<sup>5</sup> u. a. Förderung entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit von NRO, Stipendien und in geringem Maße Nothilfe in Entwicklungsländern.

Schlimmer: Es ist grundsätzlich und bei Beachtung der DAC-Richtlinien nicht hinnehmbar, dass Studienplatzkosten überhaupt auf die ODA angerechnet werden. Dort heißt es, dass diese *imputed students costs* nur dann anrechenbar seien, wenn sie in einem öffentlichen Haushalt „als solche“ (*as such*) aufgeführt wären. Das ist jedoch in keinem Haushalt auch nur eines Bundeslandes der Fall. Diese Leistungen werden nirgendwo als solche erwähnt und sind deshalb nicht anrechenbar. Außerdem scheint es unbestreitbar, dass die Bereitstellung von Studienplätzen für Studierende aus Entwicklungsländern dem Ansehen Deutschlands in der Welt, dem Bedarf an Fachkräften hierzulande und der späteren Entwicklung des deutschen Außenhandels mehr zugute kommt als den Entwicklungsländern. Diese Studienplätze bereit zu stellen, liegt überwiegend in unserem eigenen nationalen Interesse.

Das sehen offensichtlich viele andere DAC-Länder ebenso und haben deshalb nie (neun Länder), nur einmal oder in sehr bescheidener Höhe (fünf Länder) Studienplatzkosten gemeldet.

***Bemerkenswert, dass vier der fünf Länder, die seit Mitte der 1970er Jahre über 0,7 % liegen (Norwegen, Schweden und Dänemark und die Niederlande), dieses Ziel ohne Anmeldung von Studienplatzkosten erreicht oder gar überschritten haben.***

Bis 2006 hatten nur Frankreich und Deutschland für diese Kosten hohe Leistungen (zwischen 7 und 10 % der ODA) geltend gemacht; dann erst folgten Portugal, Österreich und Kanada dem schlechten Beispiel; 2008 hat Griechenland mit einem Anteil von 10,35 % an seiner ODA die Spitzenposition übernommen und 2011 sogar noch ausgebaut auf 15,51 %.<sup>6</sup>

Hinzu kommt, dass diese Kosten auf höchst dubiose Weise von jeder Universität oder Fachhochschule unterschiedlich in eigener Verantwortung berechnet werden. Die Daten werden von keiner Stelle nachgeprüft.<sup>7</sup>

## 6. „Flüchtlingsentwicklung“: Gemeinde-ODA?

Sah es noch 2006 und 2007 so aus, als würden in Deutschland diese skurrilen „Leistungen“ bedeutungslos (unter 0,2 % der ODA), so sind sie seither bis 2011 auf 0,61 % gestiegen, also weiterhin relevant, obwohl es sich auch hier um eine reine Rechengröße handelt, die *as such* in keinem öffentlichen Haushalt auftaucht.

Die „Kosten für Flüchtlinge während des ersten Jahres ihres Aufenthalts im Zufluchtsland“ sind keine extra ausgewiesenen Kosten; sie werden aus den Sozialhaushalten der Gemeinden finanziert. Hier eine Entwicklungsrelevanz festzustellen, ist kaum möglich.

<sup>6</sup> zu Details siehe Tabelle 7.

<sup>7</sup> So werden für Geisteswissenschaftler relativ niedrige Kosten berechnet, für Ingenieure und Naturwissenschaftler vielleicht 3-fach höhere, für Veterinärmediziner vielleicht 4-fach so hohe und für Humanmediziner das 5-fache. Die Gesamtsummen der Kosten in diesen Fächern werden auf Grundlage der Universitätsbudgets durch die Gesamtzahl der Studierenden in den Fachbereichen geteilt und dann mit der Zahl der Studierenden aus Entwicklungsländern multipliziert. Da außer der vagen Größe „Plausibilität“ von keiner Stelle irgendeine Nachprüfung erfolgt, sind Fehlern, aber auch Manipulationen Tür und Tor geöffnet.

## 7. Anrechnung von Klimakosten: Vertretbar erst nach Erhöhung auf ca. 1,2 %

Unsere letzte Studie hätte zu der (etwas naiven) Vorstellung verleiten können, die Entwicklung des BMU-Haushalts ließe erkennen, wie sich die „Klimakosten“, also die Kosten der größtmöglichen Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels sowie die zur Anpassung an nicht mehr vermeidbare Konsequenzen des Klimawandels, erhöhen. Zwar darf man aus der mehr als Verdoppelung der „ODA-fähigen“ Ausgaben im BMU-Haushalt (von 0,74 % des Gesamthaushalts im Jahr 2008 auf 1,67 % im Jahr 2011) auf eine stärkere Beachtung der Klimapolitik schließen. Auch die Erfüllung der Zusagen zur Schnellstartfinanzierung von 2010 bis 2012 (von Deutschland 1,26 Mrd. USD) spricht dafür, aber *zusätzlich* zu den 0,7 % erfolgten sie nicht. Diese Gelder werden vom BMU strategisch in Bezug auf innovative Instrumente, Beratungen von Regierungen und mögliche Fortschritte bei Klimaverhandlungen eingesetzt.

Innovativ ist auch die Entwicklung des Energie- und Klimafonds, der mit zusätzlichen Einnahmen gespeist wird, oft nach dem Verursacherprinzip. Er ist Teil des Haushaltgesetzes (nicht des Einzelplans 15 für das BMU) und wird der ODA zugerechnet. Die Zusagen zur Speisung des Energie- und Klimafonds bis 2020 könnten zuversichtlich stimmen – wenn nicht die vorgesehene Hauptquelle zu seiner Finanzierung, die Erträge aus dem Verkauf von CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechten, fast versiegt wäre: Die Emission einer Tonne CO<sub>2</sub> kostet im EU-Emissionshandel nur noch um 3,50 € (Stand Mitte Mai 2013).

Während es bei Klimaschutzaktivitäten leichter ist, eine Trennung zwischen Klima- und Entwicklungsgeldern durchzuführen, ist dies im Bereich Anpassung schwierig. Da der Klimawandel häufig Ursache oder Verstärker für bestehende Entwicklungsprobleme ist, sind „Klimagelder“, die zur Unterstützung armer Länder beitragen, häufig kaum von „traditionellen EZ-Leistungen“, die im BMZ-Haushalt angesetzt sind, zu trennen. Dies ist etwa der Fall, wenn nach einer Naturkatastrophe im gleichen Gebiet Dämme erhöht, Not- und Wiederaufbauhilfe geleistet und dann Frühwarnsysteme entwickelt werden.<sup>8</sup> Entwicklungsprobleme, die durch den Klimawandel nicht nur verschärft, sondern neu erzeugt werden, sind bisher noch relativ selten (etwa Risiken neuer Gletscherseen, die Versalzung von Grundwasser durch steigenden Meeresspiegel oder Hurrikanrisiken in bisher nicht betroffenen Regionen). In diesen Fällen ist es folgerichtig, die „Klimagelder“ als „ODA-fähig“ zu betrachten.

In jedem Fall ist jedoch nicht zu akzeptieren, dass sie einfach in die ODA-Quote eingerechnet werden, ohne diese vorher um die *zusätzlich* notwendigen Leistungen (etwa 0,5 % des BNE) zu erhöhen, insgesamt also auf etwa 1,2 % des BNE.

---

<sup>8</sup> Die 2011 überarbeiteten OECD-Klimamarker zu Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen sollen die Möglichkeit bieten festzustellen, inwieweit ein bestimmtes ODA-anrechenbares Projekt tatsächlich „Klimaschutz“ als wichtiges Ziel hat. Dies soll zu mehr Transparenz beitragen.

## C) Veränderungen bei der weiteren Verwendung der Mittel

Auf den ersten schnellen Blick zeigt die Statistik (Tabelle 3) einen enormen Rückgang der Mittel, die *nachweisbar* in Deutschland verbleiben, von 34,38 % im Jahr 2006 auf nur noch 10,3 % im Jahr 2011. Schaut man genauer hin, so sind es fast ausschließlich die Schuldenerlasse, die so stark zurückgegangen sind. Ob dadurch der Einfluss der Entwicklungsländer zugenommen hat, lässt sich zahlenmäßig kaum belegen.

### 1. Tendenzielle Rückwärtsbewegung

Hatten sich die Theorien – und manchmal auch ihre Umsetzung – in den zurückliegenden Jahren immer stärker in Richtung Selbstbestimmung der Entwicklungsländer bewegt, so ist in Deutschland seit 2009/2010 eine deutliche Rückwärtsbewegung zu erkennen.

Während infolge der Erklärungen von Paris und Accra die „Nehmer“ (Objekte) stärker als Subjekte ihrer eigenen Entwicklung anerkannt wurden, ist seit 2009 nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis eine Umkehr festzustellen: Die deutschen Regierungen und die „erfahrenen deutschen Organisationen“ sollen wieder wie früher entscheiden, ob sie Mittel – z. B. für die Aidsbekämpfung oder den Erhalt des Yasuni-Nationalparks in Ecuador bereitstellen wollen/sollen oder nicht – oder der Minister entscheidet gleich selbst. Dabei ist die Gefahr gegeben, erneut in die „Omnipotenzfalle“<sup>9</sup> zu laufen, die dann verstärkt auftritt, wenn man das Ziel der Armutsbekämpfung zu sehr ausweitet.

Die (Mit-)Entscheidung durch Entwicklungsländer über bilaterale deutsche ODA-Leistungen erscheint gegenüber den vorausgegangenen Jahren von Rot-Grün oder Schwarz-Rot geschwächt. Dass dabei neue Budgethilfen ganz unter den Tisch fallen, versteht sich fast von selbst.

### 2. Multi- oder bilateral: Unergiebiger Streitpunkt

Wir haben bisher immer vermieden, in die Debatte einzugreifen, ob nun bilaterale oder multilaterale Zusammenarbeit vorzuziehen sei; und zwar u. a. deshalb, weil überwiegend von Seiten der „Geber“ argumentiert wurde, es uns aber darum ging, die Mitentscheidungsmöglichkeiten der „Nehmer“ festzustellen. Wobei auch wir nur von der Mitbestimmung der Regierungen (auf beiden Seiten) ausgegangen sind, nicht von einzelnen Menschen, von ihren Organisationen oder Institutionen, von der Mitsprache von Verwandtschafts- oder Siedlungsgruppen sowie Regionen. Wenn in Regierungsverhandlungen eine „Nehmer“-Regierung ein gewichtiges Wort mitgeredet hat, heißt das ja nicht automatisch, dass Autoritäten und Gruppen auf niedrigerer Ebene Mitsprache erreicht

---

<sup>9</sup> Als „Omnipotenzfalle“ wurde bereits in den 90er Jahren die irrije Auffassung bezeichnet, man könne durch „Entwicklungshilfe“ die gesamten Probleme eines gesamten Entwicklungslandes lösen.

hätten. Und das gilt bei bilateralen Mitteln und Leistungen genauso wie bei Verhandlungen über EU- oder UN-Mittel.

Grundsätzlich gilt wohl, dass die beste Form der Unterstützung sich nicht so sehr durch bi- oder multilaterale Faktoren ergibt, sondern von der jeweiligen Nähe zur betroffenen Gruppe und damit der zutreffenden Einschätzung von deren Seriosität abhängig ist.

### **3. Budgethilfe: Theoretisch beste Unterstützung, praktische Hürden**

Theoretisch ist nicht zu bestreiten, dass bei einer echten Budgethilfe die Regierung eines Gastlandes die stärkste Mitentscheidungsmöglichkeit erhält und damit auch – sofern es eine demokratisch legitimierte „Gute Regierungs- und Verwaltungsführung“ gibt – die Bevölkerung und diejenigen ihrer Organisationen, die in direktem Kontakt zur Bevölkerung stehen. Da, wie Berthold Brecht sagen würde, „die Verhältnisse“ jedoch häufig nicht „so“ sind, ist dieser einfache Weg oft verschlossen<sup>10</sup>. Mehr offizielle „nördliche“ Gelder über „nördliche“ NRO an ihre „südlichen“ Partner zu leiten, könnte zwar einen Teil des Problems, aber nicht das gesamte lösen.

Unsere noch immer unfertige Grundposition ist, dass Budgethilfe ohne Vorbedingungen gegeben werden soll, aber nur dann, wenn *im Empfängerland* ein frei gewähltes Parlament das Budget verabschiedet und ein Gremium *im Empfängerland*, das einem Rechnungshof vergleichbar ist, eine unparteiische Kontrolle ex-post sicherstellt. Das schränkt den Empfängerkreis stark ein, macht aber das Instrument Budgethilfe glaubwürdiger als verbale Verrenkungen und bietet einen Anreiz für weitere Länder, die genannten Voraussetzungen zu erfüllen.

---

<sup>10</sup> Von Gegnern der Budgethilfe ist häufig fast reflexartig zu hören: „Dann bekommen ja die korrupten Eliten völlig unkontrolliert unser Steuergeld.“ Es ist nicht zu leugnen, dass es Kleptokraten unter den Regierenden und Verwaltenden gibt, aber eine stärkere Differenzierung wäre angebracht.

## D) Fazit und Ausblick

Der Versuch, Entwicklungspolitik endlich (wieder) aus der Parteipolitik herauszuhalten, ist mit der Ablehnung des Aufrufs „Das Versprechen einhalten“ (siehe Anhang, S. 27) bei der Verabschiedung des Haushalts 2012 vorerst gescheitert, könnte aber wiederbelebt werden.

Das 0,7 %-Ziel ist zwar weiterhin versprochen, aber es wird ganz sicher unter den gegenwärtigen Umständen nicht erreicht werden, nicht 2015 und – wenn nicht entscheidende Veränderungen eintreten – wohl auch nicht in absehbarer Zeit. Viel wird davon abhängen, welche Parteien und welche Koalitionen aus den Bundestagswahlen im September 2013 siegreich hervorgehen.

Wir sollten uns nicht irre machen lassen, sondern weiterhin die Erfüllung der alten Versprechungen verlangen. Schließlich gehört nach Max Weber neben Leidenschaft und Augenmaß auch die Ausdauer zu den Basiseigenschaften von Politiktreibenden.

Möglicherweise werden statt neuer Realitäten nur neue Verbalitäten – die „beyond 2015“ sicherlich gut formulierten SDG – die alte Verbalität von den zu erreichenden MDG und deren unzureichender Realisierung überlagern. So dass auch am Zielpunkt der SDG wieder das Verlangen nach einer – noch besser formulierten – Verbalität entstehen könnte: Werden wir uns ab etwa 2025 mit „beyond 2030“ beschäftigen?

Sehr viel wird bei der Beantwortung einer solchen Frage von der Finanzierung bzw. von der Erschließung neuer Finanzquellen abhängen. Die Antwort wird davon bestimmt, ob die Emissionserlöse – durch welche Maßnahmen oder Wunder auch immer – steigen und davon, ob die Finanztransaktionssteuer nicht nur endlich kommt, sondern ihre Erträge in wesentlichen Teilen wirklich zur Armutsbekämpfung (in Deutschland und zur Entwicklungsunterstützung) wie zur Begleichung der Klimakosten bereitgestellt werden. Ganz so, wie es die Kampagne „Steuer gegen Armut“ seit vielen Jahren einfordert.

Wir brauchen statt immer neuer und immer besser formulierter Verbalitäten endlich eine ihnen entsprechende Realität! Die heutige Realität erinnert stark an Hans Christian Andersens Märchen: „*Kejserens nye Klæder*.“

**Leider ist es immer noch notwendig, Kofi Annan zu zitieren: „*To reach our goals does not require new pledges from donor countries, but meeting pledges already made. [...] The world must move [...] to implementation.*“**

## Tabellen und Grafiken

### Vorbemerkungen

1. Da sie auch zum Verständnis der Tabellen erforderlich ist, erläutern wir zunächst noch einmal die von uns gebrauchten Definitionen für die verschiedenen *Arten* von ODA:

*Die ODA-Quote* ist das Verhältnis der *ODA-Leistungen* zum BNE, dem Bruttonationaleinkommen, das seit 1998 international an die Stelle des Bruttonationalprodukts getreten ist.

Die vorläufigen Zahlen zu ODA und ODA-Quote eines Jahres werden von den DAC-Mitgliedsländern normalerweise im März des Folgejahres nach Paris geschickt und kommen von dort Mitte April als „vorläufig anerkannt“ zurück. Die endgültigen Zahlen liegen erst im November vor.

Diese „*Anerkannte ODA*“, die man als *Netto-ODA* bezeichnen kann, wird in fast allen Quellen ohne Ergänzung als *die ODA* bezeichnet und behandelt, auch dann, wenn der prozentuale Anteil von einzelnen ODA-Leistungen ins Verhältnis zur *ODA* gesetzt wird. Das ist unproblematisch, wenn in einem Jahr keine oder keine größeren Rückflüsse, Tilgungen o. ä. anfallen (wie zuletzt 2000 und 2001).

Gibt es aber größere Rückflüsse (wie seit 2002), so addieren sich die Anteile von Einzelleistungen an der „*Anerkannten*“ oder *Netto-ODA* auf über 100 %. Aussagekräftiger sind da die Anteile an der Summe der in einem Jahr erbrachten Leistungen vor dem Abzug. Diese bezeichnen wir im Folgenden als *Brutto-ODA*. Das gilt für den Text wie für die Tabellen.

2. Die Zahlen sind normalerweise auf der Tausenderstelle gerundet, teilweise – weil die exakteren Daten nicht vorlagen – auf der Hunderttausenderstelle. Hierbei können sich Rundungsdifferenzen ergeben.
3. Bei einzelnen „Leistungen an die UN“ fehlen uns Detailangaben, die nur mit zeitökonomisch nicht zu vertretenden Anstrengungen zu beschaffen wären.



Tabelle 1  
ODA Rahmendaten für die Jahre 2006 bis 2011/12

Art	Jahr	2006		2007		2008		2009		2010		2011		2012 (vorläufig)**	
		absolut	ODA in %	absolut	ODA in %	absolut	ODA in %	absolut	ODA in %	absolut	ODA in %	absolut	ODA in %	absolut	ODA in %
Anerkannte ODA		8 313 414	100	8 978 356	100	9 692 934	100	8 674 147	100	9 803 944	100	10 135 648	100	10 198 160	100
<b>Bilateral</b>		5 604 051	67,41	5 807 336	64,68	6 283 157	64,82	5 096 117	58,75	6 081 826	62,03	6 256 126	61,72	6 787 700	66,56
TZ (BMZ / über BMZ)		1 465 782	17,63	1 535 807	17,11	1 638 871	16,91	1 799 975	20,75	1 892 589	19,30	1 894 222	18,69		
FZ		1 520 059	18,28	1 654 728	18,43	2 040 407	21,05	2 125 867	24,51	3 025 828	30,86	3 025 555	29,85		
FZ brutto		-1 286 258	-15,47	-1 019 681	-11,36	-1 372 996	-14,16	-906 962	-10,46	-1 057 814	-10,79	-1 081 158	-10,67	-237 200	-2,33
Sonstiges		764 185	9,19	745 715	8,31	688 256	7,10	703 658	8,11	713 050	7,27	703 338	6,94		
Bundesländer		2 417 023	29,07	2 186 951	24,36	2 280 736	23,53	1 032 74	1,19	1 633 22	1,67	326 282	3,22	424 250	4,16
Schuldenerlasse		14 691	0,18	10 312	0,11	50 875	0,52	49 986	0,58	61 312	0,63	0 61 909	0,61		
1. Flüchtlingsjahr		708 569	8,52	693 504	7,72	957 008	9,87	1 220 319	14,07	1 283 539	13,09	1 325 978	13,08		
Anderes															
<b>Multilateral</b>		2 709 363	32,59	3 171 020	35,32	3 409 777	35,18	3 578 030	41,25	3 722 118	37,97	3 879 522	38,28	3 410 450	33,44
davon an/über															
EU		1 711 527	20,59	1 791 383	19,95	1 949 961	20,12	2 076 037	23,93	2 209 114	22,53	1 945 570	19,20	1 881 500	18,45
UN-globale Fazilitäten		284 837	3,43	446 321	4,97	485 137	5,01	562 852	6,49	711 116	7,25	682 486	6,73		
Weltbankgruppe		471 160	5,67	801 432	8,93	787 445	8,12	739 429	8,52	575 947	5,87	1 028 036	10,14	683 950	6,71
Regionale E-Banken		241 846	2,91	131 884	1,47	187 234	1,93	199 712	2,30	225 941	2,30	223 430	2,20	243 680	2,39
<b>BNE in Mrd.</b>		2 335		2 446,8		2 536,99		2 445		2 535		2 620		2 695,27	
<b>ODA-Quote *</b>		0,36		0,37		0,38		0,35		0,39		0,39		0,38	

in 1 000 €

\* Die Zielgröße 0,7% wurde 1970 in der UN-Vollversammlung versprochen. Bei korrekter Betrachtung der derzeitigen Quoten müsste berücksichtigt werden, dass Verwaltungskosten (1979), Studienplatzkosten (1984) und Kosten für Flüchtlinge im ersten Jahr in D (1994) erst nach dem Versprechen „ODA-fähig“ wurden.

\*\* Da sich das BMZ nicht in der Lage sah, uns die Zahlen bis auf die Tausenderstelle zu übermitteln, mussten die OECD Zahlen benutzt werden, die nur bis zur Millionenstelle angegeben sind.



Tabelle 2  
**"Herkunft" und "Erstempfänger" der ODA-Leistungen im Jahresvergleich 2006 bis 2011/12**

Jahr	2006		2007		2008		2009****		2010****		2011****		2012 (vorläufig)****	
	absolut	% von B-ODA* (N-ODA)	absolut	% von B-ODA* (N-ODA)	absolut	% von B-ODA* (N-ODA)	absolut	% von B-ODA* (N-ODA)	absolut	% von B-ODA* (N-ODA)	absolut	% von B-ODA* (N-ODA)	absolut	% von B-ODA* (N-ODA)
BMZ: EZ-Mittel, inklusive EEF Verwaltungskosten	4 100 400 (49,32)	42,71 (52,09)	4 677 258 (53,05)	46,47 (53,05)	5 141 796 (53,05)	57,28 (63,27)	5 487 814 (63,27)	57,28 (63,27)	5 769 182 (58,85)	53,12 (58,85)	6 219 631 (61,36)	55,45 (61,36)		
Bundeshaushalt, in den EU-Haushalt	151 437 (1,82)	1,58 (0,79)	161 042 (1,82)	1,61 (0,79)	**76 104 (0,79)	**0,69 (0,58)	49 986 (0,58)	0,52 (0,58)	93 318 (0,95)	0,86 (0,95)	102 069 (1,01)	0,91 (1,01)		
Bundeshaushalt, in den EU-Haushalt	1 087 812 (13,09)	11,33 (12,5)	1 122 100 (12,5)	11,22 (12,5)	1 201 900 (12,4)	10,86 (12,4)	1 271 300 (14,66)	13,27 (14,66)	1 335 500 (13,62)	12,30 (13,62)	1 244 500 (12,28)	11,09 (12,28)		
Auswärtiges Amt	345 330 (4,15)	3,60 (4,01)	359 900 (4,01)	3,60 (4,01)	636 100 (6,56)	5,75 (6,56)	782 200 (9,02)	8,16 (9,02)	854 500 (8,72)	7,87 (8,72)	792 000 (7,81)	7,06 (7,81)		
Bundesumweltministerium	Bis 2006 unter "Andere Ministerien"		15 600 (0,17)	0,16 (0,17)	82 000 (0,85)	0,74 (0,85)	160 900 (1,85)	1,68 (1,85)	155 500 (1,59)	1,43 (1,59)	187 600 (1,85)	1,67 (1,85)		
Andere Ministerien	255 976 (3,08)	2,67 (2,19)	193 500 (2,19)	1,94 (2,19)	212 500 (2,19)	1,92 (2,19)	242 100 (2,79)	2,53 (2,79)	253 600 (2,59)	2,33 (2,59)	275 100 (2,71)	2,45 (2,71)		
Bundesvermögen wg. Schuldenerlass	2 417 023 (29,07)	25,18 (29,07)	2 186 951 (24,36)	21,87 (24,36)	2 280 736 (23,53)	20,61 (23,53)	103 274 (1,19)	1,08 (1,19)	163 322 (1,67)	1,50 (1,67)	326 282 (3,22)	2,91 (3,22)	424 250 (4,16)	4,07 (4,16)
Bundesländer: (Studiensplatzkosten)	716 971 (8,62)	7,47 (7,81)	700 797 (7,81)	7,01 (7,81)	643 174 (6,64)	5,81 (6,64)	662 385 (7,64)	6,91 (7,64)	669 648 (6,83)	6,17 (6,83)	665 134 (6,56)	5,93 (6,56)		
Bundesländer: (EZ, Not und NRO)	47 214 (0,57)	0,49 (0,5)	44 903 (0,5)	0,45 (0,5)	45 126 (0,47)	0,41 (0,47)	41 273 (0,48)	0,43 (0,48)	43 401 (0,44)	0,40 (0,44)	38 204 (0,38)	0,34 (0,38)		
Gemeinden: 1. Flüchtlingsjahr in D.	14 693 (0,18)	0,15 (0,11)	10 312 (0,11)	0,1 (0,11)	50 874 (0,52)	0,46 (0,52)	49 986 (0,58)	0,52 (0,58)	61 312 (0,63)	0,56 (0,63)	61 909 (0,61)	0,55 (0,61)		
Anderes (inklusive Marktmittel)	462 815 (5,57)	4,92 (5,85)	525 674 (5,85)	5,26 (5,85)	695 623 (7,18)	6,29 (7,18)	729 914 (8,41)	7,62 (8,41)	1 462 300 (14,92)	13,46 (14,92)	1 304 400 (12,87)	11,63 (12,87)		
"Brutto-ODA": = ohne Tilgungen	9 599 671 (115,47)	100 (111,36)	9 998 037 (111,36)	100 (111,36)	11 065 933 (114,16)	100 (114,16)	9 581 132 (100)	100 (110,46)	10 861 583 (110,79)	100 (110,79)	11 216 829 (110,67)	100 (110,67)	10 435 360 (100)	100 (100)
Tilgungen und Rückflüsse	-1 286 258 (-15,47)		-1 019 681 (-11,36)		-1 372 996 (-14,16)		-906 962 (-10,46)		-1 057 814 (-10,79)		-1 081 158 (-10,67)		-237 200 (-2,37)	
Anerkannte ODA Netto-ODA	8 313 414 (100)		8 978 356 (100)		9 692 937 (100)		8 674 170 (100)		9 803 769 (100)		10 135 671 (100)		10 198 160 (100)	

\* Von der Summe aller ODA-anrechenbaren Leistungen (Brutto-ODA) zieht das DAC Rückflüsse/Tilgungen ab und erklärt die Differenz zur offiziell, anerkannten ODA (Netto-ODA). In den meisten Texten werden Prozentwerte von ODA-Einzeileistungen ermittelt, indem man sie ins Verhältnis zur anerkannten ODA stellt. Dies ist irreführend, weil sich die Anteile dann auf über 100% addieren. Sinnvoller wäre es, sie ins Verhältnis zur Brutto-ODA zu stellen.

\*\* Die Reduzierung um mehr als die Hälfte gegenüber 2007 ist darauf zurückzuführen, dass die Verwaltungskosten der KfW jetzt in deren Haushalt eingestellt sind.

\*\*\* Da sich das BMZ nicht in der Lage sah, uns die Zahlen bis auf die Tausenderstelle zu übermitteln, mussten die OECD Zahlen benutzt werden, die nur bis zur Millionenstelle angegeben sind.

Tabelle 3  
**"Entscheidungsstellen" für die weitere Verwendung der Mittel**

Jahr	2006		2007		2008		2009		2010		2011		2012 vorläufig****	
	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA	absolut	% von Brutto-ODA
<b>Verbleib in Deutschland*</b>	3 300 124	34,38	3 059 102	30,6	3 050 888	27,57	890 626	9,30	987 600	9,09	1 155 394	10,30		
Verwaltungskosten	151 437	1,58	161 042	1,61	**76 104	0,69	74 981	0,78	93 318	0,86	102 069	0,91		
Studienplatzkosten	716 971	7,47	700 797	7,01	643 174	5,81	662 385	6,91	669 648	6,17	665 134	5,93		
Flüchtlinge 1. Jahr	14 693	0,15	10 312	0,1	50 874	0,46	49 986	0,52	61 312	0,56	61 909	0,55		
Schuldenerlass	2 417 023	25,18	2 186 951	21,87	2 280 736	20,61	***103 274	1,08	163 322	1,50	326 282	2,91	424 250	
<b>„Brutto-ODA“</b>	<b>9 599 672</b>	<b>100</b>	<b>9 998 037</b>	<b>100</b>	<b>11 065 933</b>	<b>100</b>	<b>9 581 109</b>	<b>100</b>	<b>10 861 758</b>	<b>100</b>	<b>11 216 806</b>	<b>100</b>		<b>100</b>
Tilgungen	-1 286 258		-1 019 681		-1 372 996		-906 962		-1 057 814		-1 081 158		-237 200	
Anerkannte ODA														
<b>Netto-ODA</b>	<b>8 313 414</b>		<b>8 978 356</b>		<b>9 692 937</b>		<b>8 674 147</b>		<b>9 803 944</b>		<b>10 135 648</b>			

\*Weitere Entscheidungen zur "Vergabe" fallen in Deutschland (TZ und FZ), in der EU (EEF und EU-Haushalt) sowie im UN-System. Auf diese Entscheidungen haben Entwicklungsländer einen gewissen Einfluss, über dessen Gewicht man Mutmaßungen anstellen, die man aber nicht in konkrete Zahlen fassen kann.

\*\*Die Reduzierung um mehr als die Hälfte gegenüber 2007 ist darauf zurückzuführen, dass die bisher hier verorteten Verwaltungskosten der KfW jetzt in deren Haushalt eingestellt sind.

\*\*\*Damit ist der Schuldenerlass wieder ungefähr auf seinem Stand vor 2002 zurückgegangen.

\*\*\*\* Da sich das BMZ nicht in der Lage sah, uns die Zahlen bis auf die Tausenderstelle zu übermitteln, mussten die OECD Zahlen benutzt werden, die nur bis zur Millionenstelle angegeben sind.

Tabelle 4  
Verfügung über "Frisches Geld" beim BMZ\* und bei der EU-(Kommission und Parlament)\*\* 2006 bis 2011

in 1000€

Jahr	2006		2007		2008		2009		2010		2011	
	absolut	% Brutto-ODA	absolut	% Brutto-ODA	absolut	% Brutto-ODA	absolut	% Brutto-ODA	absolut	% Brutto-ODA	absolut	% Brutto-ODA
Beim BMZ	2 770 400	28,86%	2 943 532	29,44%	3 291 466	29,74%	2 821 287	29,45%	3 065 237	28,22%	3 715 399	33,12%
(TZ)	(1 465 782)	(15,27%)	(1 535 807)	(15,36%)	(1 638 871)	(14,81%)	(1 799 975)	(18,79%)	(1 892 589)	(17,42%)	(1 894 222)	(16,89%)
(FZ Zuschüsse)	(680 906)	(7,09%)	(738 525)	(7,39%)	(904 495)	(8,17%)	(1 021 312)	(10,66%)	(1 172 648)	(10,80%)	(1 120 077)	(9,99%)
(EEF)	(623 712)	(6,50%)	(669 200)	(6,69%)	(748 100)	(6,76%)	(804 752)	(8,40%)	(873 664)	(8,04%)	(701 100)	(6,25%)
Im EU-Haushalt	1 087 812	11,33%	1 122 100	11,22%	1 201 900	10,86%	1 271 285	13,27%	1 335 450	12,29%	1 244 470	11,09%
Summe	3 858 212	40,19%	4 065 632	40,66%	4 493 366	40,61%	4 092 572	40,72%	4 400 687	40,52%	4 959 869	44,22%
"Brutto-ODA"	9 599 671		9 998 037		11 065 933		9 581 109		10 861 758		11 216 806	
Anerkannte ODA	8 313 414		8 978 356		9 692 937		8 674 147		9 803 944		10 135 648	

\* Großteil der deutschen TZ und FZ; EEF beeinflusst über EU-Ministerrat.

\*\* Zuschuss zum entwicklungsrelevanten Teil des EU-Haushalts

Tabelle 5

## Veränderungen im BMZ Haushalt (Einzelplan 23) 2003 bis 2011/13

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012*	2013*
Gesamthaushalt	260 199 000	257 300 000	254 300 000	261 600 000	272 270 000	283 200 000	290 000 000	319 500 000	305 800 000	306 200 000	302 000 000
Steigerung zum Vorjahr in %		-1,11%	-1,17%	2,87%	4,10%	4,70%	2,34%	10,17%	-4,29%	0,13%	-1,37%
Einzelplan 23 - Soll	3 767 536	3 783 433	3 859 093	4 159 631	4 493 559	5 134 510	5 813 779	6 070 120	6 219 120	6 382 910	6 296 441
Steigerung zum Vorjahr in %		0,42%	2,00%	7,79%	8,03%	14,26%	13,23%	4,41%	2,45%	2,63%	-1,35%
Einzelplan 23 - Ist *	3 756 016	3 741 010	3 925 897	4 131 013	4 443 152	5 078 536	5 734 814	5 974 857	6 006 596		
Steigerung zum Vorjahr in %		-0,40%	4,94%	5,23%	7,56%	14,30%	12,92%	4,19%	0,53%		
Anteil des Einzelplan 23 am Gesamthaushalt in %	1,44%	1,47%	1,52%	1,59%	1,63%	1,79%	1,98%	1,87%	1,96%	2,08%	2,08%
	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Ist)	(zu Soll)	(zu Soll)

\* Die Ist-Zahlen eines Haushalts sind immer erst im übernächsten Etat verzeichnet.

Tabelle 6  
Die deutsche ODA-Quote im internationalen (DAC-) Vergleich 2000 bis 2012  
Rangfolge nach den letzten endgültigen Quoten von 2011

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 (vorläufig)
1. Schweden	0,84	0,81	0,83	0,79	0,78	0,94	1,02	0,93	0,98	1,12	0,97	1,02	0,99
2. Norwegen	0,80	0,83	0,89	0,92	0,87	0,94	0,89	0,95	0,88	1,06	1,10	1,00	0,93
3. Luxemburg	0,71	0,82	0,77	0,81	0,83	0,86	0,89	0,92	0,97	1,04	1,05	0,97	1,00
4. Dänemark	1,06	1,03	0,96	0,84	0,85	0,81	0,80	0,81	0,82	0,88	0,91	0,85	0,84
5. Niederlande	0,84	0,82	0,81	0,80	0,73	0,82	0,81	0,81	0,80	0,82	0,81	0,75	0,71
6. Großbritannien	0,32	0,32	0,31	0,34	0,36	0,47	0,51	0,35	0,43	0,51	0,57	0,56	0,56
7. Belgien	0,36	0,37	0,43	0,60*	0,41	0,53	0,50	0,43	0,48	0,55	0,64	0,54	0,47
8. Finnland	0,31	0,32	0,35	0,35	0,37	0,46	0,40	0,39	0,44	0,54	0,55	0,53	0,53
9. Irland	0,30	0,33	0,40	0,39	0,39	0,42	0,54	0,55	0,59	0,54	0,52	0,51	0,48
10. Frankreich	0,32	0,32	0,38	0,41	0,41	0,47	0,47	0,38	0,39	0,47	0,50	0,46	0,45
11. Schweiz	0,34	0,34	0,32	0,39	0,41	0,44	0,39	0,38	0,42	0,45	0,40	0,45	0,45
12. Deutschland	0,27	0,27	0,27	0,28	0,28	0,36	0,36	0,37	0,38	0,35	0,39	0,39	0,38
13. Australien	0,27	0,25	0,26	0,25	0,25	0,25	0,30	0,32	0,32	0,29	0,32	0,34	0,36
14. Kanada	0,25	0,22	0,28	0,24	0,27	0,34	0,29	0,29	0,32	0,30	0,34	0,32	0,32
15. Portugal	0,26	0,25	0,27	0,22	0,63*	0,21	0,21	0,22	0,27	0,23	0,29	0,31	0,27
16. Spanien	0,22	0,3	0,26	0,23	0,24	0,27	0,32	0,37	0,45	0,46	0,43	0,29	0,15
17. Neuseeland	0,25	0,25	0,22	0,23	0,23	0,27	0,27	0,27	0,30	0,28	0,26	0,28	0,28
18. Österreich	0,23	0,29	0,26	0,20	0,23	0,52	0,47	0,50	0,43	0,30	0,32	0,27	0,28
19. Italien	0,13	0,15	0,20	0,17	0,15	0,29	0,20	0,19	0,22	0,16	0,15	0,20	0,13
20. USA	0,10	0,11	0,13	0,15	0,17	0,23	0,18	0,16	0,19	0,21	0,21	0,20	0,19
21. Japan	0,28	0,23	0,23	0,20	0,19	0,28	0,25	0,17	0,19	0,18	0,20	0,18	0,17
22. Griechenland	0,20	0,17	0,21	0,21	0,23	0,17	0,17	0,16	0,21	0,19	0,17	0,15	0,13
23. Korea**											0,12	0,12	0,14
DAC insgesamt	0,22	0,22	0,23	0,24	0,25	0,32	0,30	0,27	0,30	0,31	0,32	0,31	0,29

Eigene Zusammenstellung aus BMZ- und DAC-Daten

\* wegen Schuldenerlass (DR Kongo bzw. Angola), der anders als in Deutschland nicht zur Reduzierung anderer ODA-Mittel führte.

\*\* Korea ist neues DAC-Mitglied seit 01. Januar 2010

Tabelle 7

### Studienplatzkosten der DAC-Länder im internationalen Vergleich 2000 bis 2011

Rangfolge nach dem Anteil der Studienplatzkosten an der ODA 2011

in 1 000€

Land	Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	% von Netto-ODA
													StuPlako absolut	
1. Griechenland								8 190	34 559	50 444	49 815	51 234	47 390	15,51%
2. Österreich					41 325	38 144	49 169	55 060	62 676	66 556	63 128	66 840	66 871	8,37%
3. Frankreich		365 006			725 614	730 833	766 896	898 455	879 383	641 649	668 867	702 573	703 737	7,53%
4. Deutschland		350 173	391 893	440 664	557 020	623 258	744 633	716 974	700 797	643 174	662 383	669 647	665 131	6,56%
5. Kanada		42 720	58 923	52 206	48 831	51 127	54 882	63 051	102 847	108 321	95 012	123 692	136 418	3,48%
6. Portugal					40 272	25 684	25 916	26 435	26 210	26 324	26 326	20 121	10 436	2,05%
7. Belgien								8 724	23 887	21 936	32 573	34 624	37 147	1,84%
8. Korea													2 323	0,24%
9. Irland					1 823	1 851	2 156	2 725	3 279	2 696	2 003		719	0,11%
10. Italien													166	0,01%
11. Schweiz		11 383	8 140	7 014	11 276	4 596	9 751	1 530	1 161	1 157				
12. Spanien		21 919	21 439	12 097	12 931	23 857	30 736	25 534	39 359	28 002	28 925	31 076		
13. Luxemburg							16			27	151			
14. Australien					54 168									
Länderzahl		5	4	4	9	8	9	10	10	11	10	8	10	

Tabelle 8

## Die zehn größten Empfängerländer deutscher ODA-Leistungen von 2000 bis 2011

Jahr Rangfolge	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011*	
1.	China	China	Serbien	Kongo, Dem. Rep.	Nicaragua	Irak	Nigeria	Irak	Irak	China	Afghanistan	Afghanistan	387,86
2.	Sambia	Ägypten	Mosambik	Kamerun	China	Nigeria	Irak	Kamerun	Botsuana	Afghanistan	Indien	Indien	357,37
3.	Serbien	Syrien	China	Sambia	Kamerun	China	Sambia	China	China	Indien	China	China	349,21
4.	Bosnia-Herzegovina	Serbien	Afghanistan	China	Äthiopien	Kamerun	China	Afghanistan	Liberia	Brasilien	Brasilien	Peru	156,07
5.	Ägypten	Türkei	Indonesien	Nicaragua	Ägypten	Indonesien	Kamerun	Ägypten	Afghanistan	Ägypten	Pakistan	Brasilien	155,14
6.	Mosambik	Jordanien	Pakistan	Serbien	Serbien	Sambia	Serbien	Marokko	Ägypten	Ukraine	Tansania	Ägypten	118,19
7.	Kamerun	Bolivien	Bolivien	Tansania	Bolivien	Ägypten	Ägypten	Indien	Südafrika	Serbien	Serbien	Kenia	112,60
8.	Jordanien	Tansania	Ägypten	Ägypten	Afghanistan	Afghanistan	Afghanistan	Südafrika	Indien	Mosambik	Palästina	Pakistan	90,37
9.	Bolivien	Brasilien	Jordanien	Afghanistan	Vietnam	Vietnam	Marokko	Vietnam	Brasilien	Vietnam	Ägypten	Palästina	89,22
10.	Südafrika	Kamerun	Sambia	Nepal	Ghana	Brasilien	Vietnam	Äthiopien	Vietnam	Pakistan	Äthiopien	Vietnam	89,08

Die Empfänger der ODA-Leistungen sind in der Liste "The DAC list of ODA recipients" vermerkt und in vier Kategorien eingeteilt.

Least Developed Countries

Other Low-Income Countries

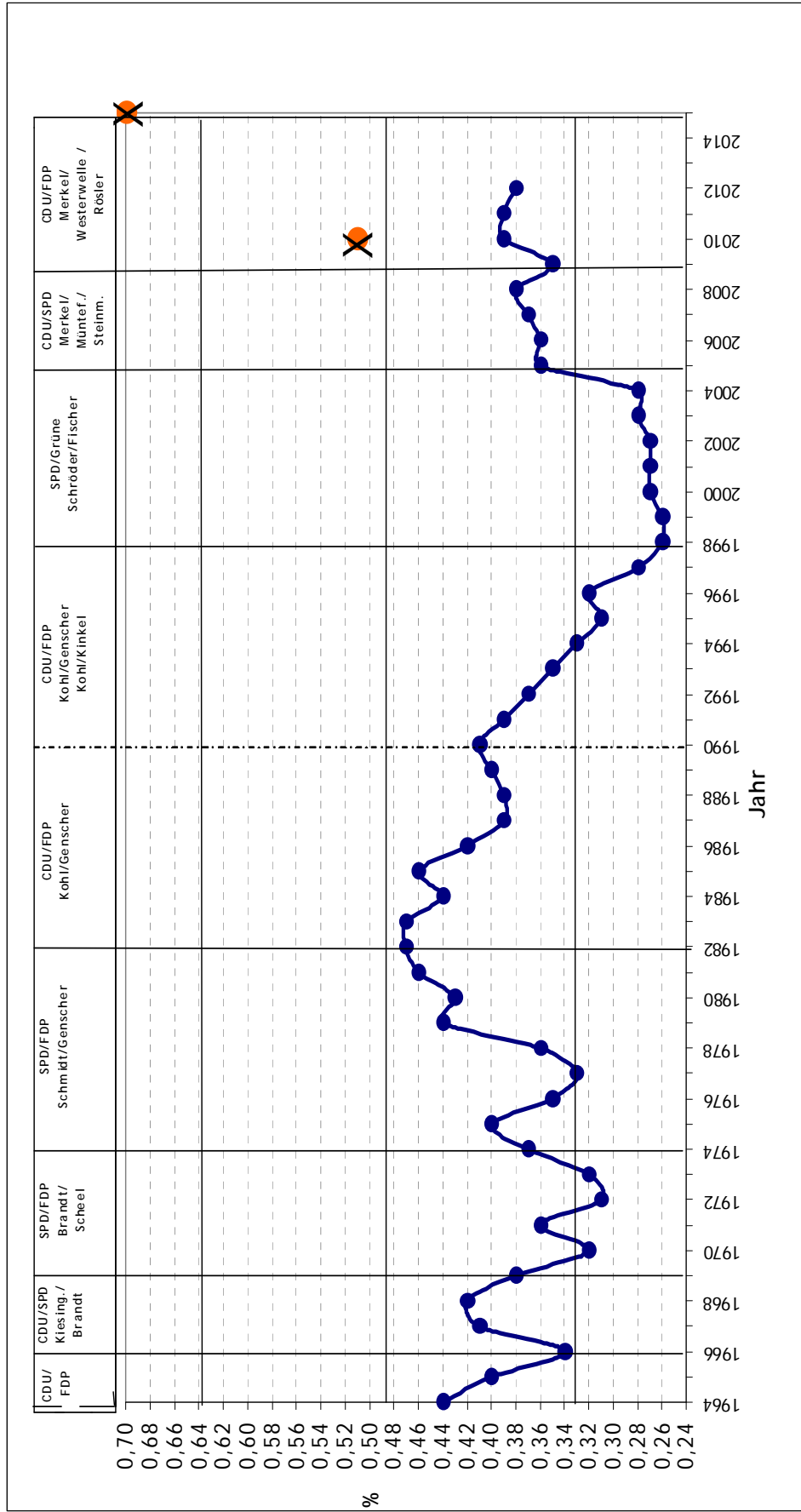
Lower Middle-Income Countries And Territories

Upper Middle-Income Countries And Territories

\* in Mio. Euro

Quelle: <http://stats.oecd.org/index.aspx?datasetcode=TABLEZA>

Grafik 1  
 Die Entwicklung der deutschen ODA 1964 bis 2012 (2015)



1990:Wiedervereinigung

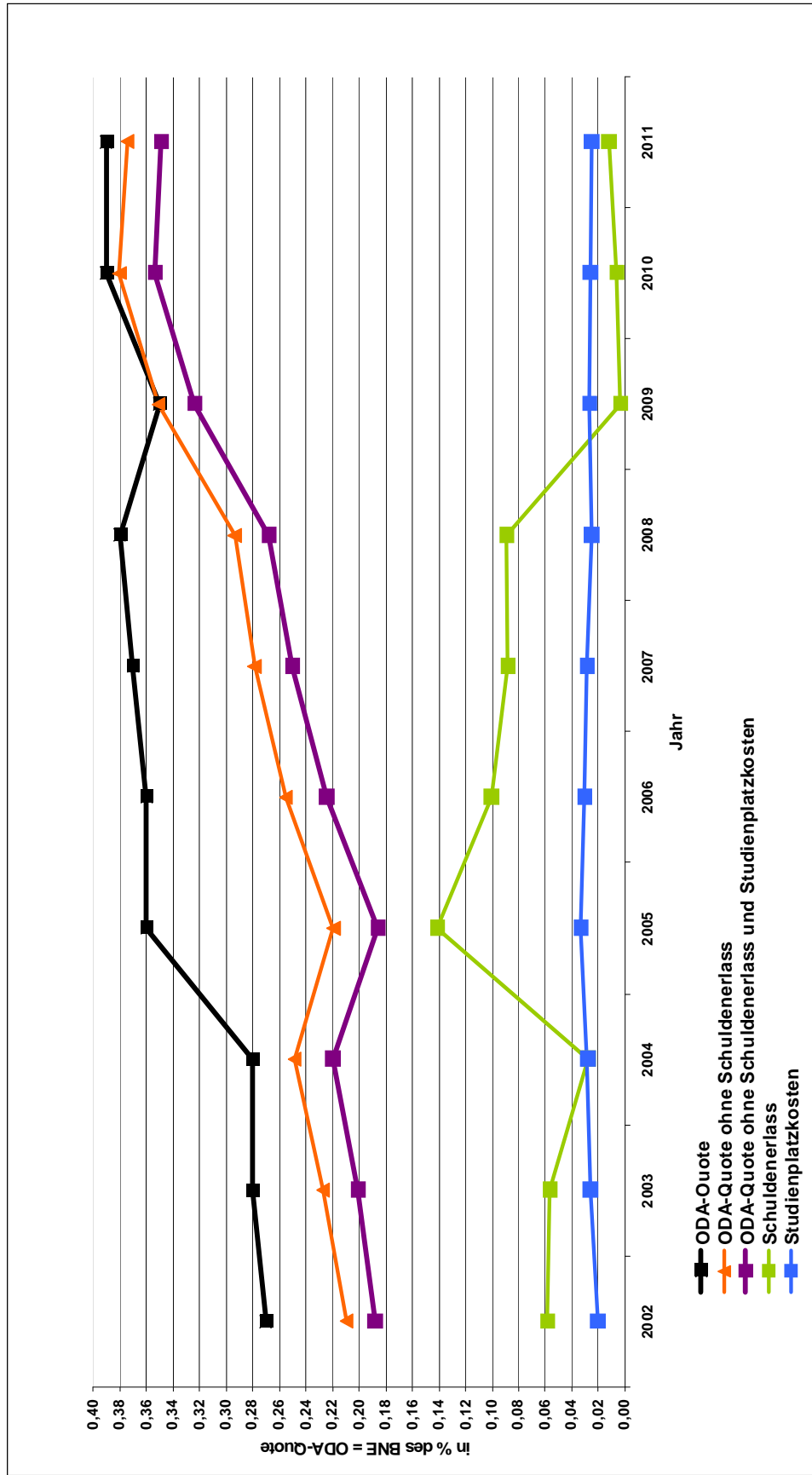
2010:Offizielle Verpflichtung auf 0,51%;

2015: Offizielle Verpflichtung auf 0,7%;

Quelle: Für die Kurve 1964 - 2012 [www.bmz.bund.de](http://www.bmz.bund.de); Fortschreibung, Einteilung in Regierungsperioden und Änderung des Maßstabs durch Germanwatch



Grafik 2  
 "Differenzen"  
 Der Einfluss von **Schuldenerlassen** und **Studienplatzkosten** auf die Höhe der ODA-Quote



Eigene Berechnung und Zusammenstellung durch Germanwatch

## Anhang

### **Das Versprechen einhalten! Aufruf zu einem fraktionsübergreifenden entwicklungspolitischen Konsens zur Erreichung des 0,7 %-Ziels**

Das Versprechen der Industrienationen, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens mit den Ärmsten der Armen zu teilen und für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, ist mehr als 40 Jahre alt.

Insbesondere die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben dieses Versprechen bekräftigt und konkretisiert und sich 2005 selbst verpflichtet, das 0,7 %-Ziel spätestens 2015 zu erreichen. Es wurden auch verbindliche Zwischenziele festgelegt. So hätte Deutschland zum Beispiel bis 2010 eine ODA-Quote von mindestens 0,51 % erreichen sollen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland dieses Zwischenziel nicht erreicht hat. Seitdem es das 0,7 %-Ziel gibt, haben sich bisher alle Bundesregierungen zwar grundsätzlich dazu bekannt – aber nie die Finanzmittel in den Haushalt eingestellt, die dem Pfad zur Erreichung dieses Ziels entsprochen hätten. Gleiches gilt für die jetzige Bundesregierung.

Vor dem Hintergrund der unbefriedigenden ODA-Bilanz aller bisherigen und der jetzigen Bundesregierungen rufen wir dazu auf, von gegenseitigen Schuldzuweisungen abzusehen und es künftig gemeinsam besser zu machen.

Das Beispiel Großbritannien zeigt, dass es möglich ist, die Erreichung des 0,7 %-Ziels aus den parteipolitischen Auseinandersetzungen herauszuholen und einen breiten entwicklungspolitischen Konsens im Parlament zu erzielen, der auch von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt wird. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise und einem Haushalt, der in vielen Sektoren drastische Sparmaßnahmen vorsieht, steigert Großbritannien aktuell seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und wird aller Voraussicht nach das 0,7 %-Ziel schon 2013 erreichen.

Nach mehr als 40 Jahren Proklamierung des 0,7 %-Ziels und knapp vier Jahre vor dem Zieljahr 2015 ist es auch in Deutschland höchste Zeit für einen partei- und fraktionsübergreifenden entwicklungspolitischen Konsens: Das Versprechen muss konsequent umgesetzt und ein Entwurf für den Haushalt 2012 sowie für die mittelfristige Finanzplanung vorgelegt werden, mit dem das 0,7 %-Ziel bis 2015 tatsächlich erreicht werden kann.

Um das Versprechen einhalten und die ODA-Lücke schließen zu können, müssten in den kommenden vier Jahren im Bundeshaushalt die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe beträchtlich aufwachsen – im Schnitt pro Haushaltsjahr um mindestens 1,2 Milliarden Euro. Ergänzt um innovative Finanzierungsinstrumente könnte so ein wesentlicher Beitrag zur Schließung der ODA-Lücke geleistet werden.

Dies ist angesichts der enormen globalen Herausforderungen – rund eine Milliarde Menschen hungern –im wahrsten Sinne des Wortes NOT-wendig. Ob die notwendigen Finanzmittel aufgebracht werden können, ist vor allem eine Frage der Prioritätensetzung.

Ob wir auf die gebotene Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit verweisen, auf christliche Nächstenliebe, internationale Solidarität oder weltweite Gerechtigkeit – wir fühlen uns moralisch dazu verpflichtet, auf die Einhaltung der 0,7 %-Zusage zu drängen und fordern das Bundeskabinett und den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf, die dafür notwendigen Weichen zu stellen.

Selbstverständlich muss auch die Wirksamkeit und Effizienz der deutschen und der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Qualität und Quantität dürfen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides muss gesteigert werden, um die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 doch noch erreichen zu können.

Ein entwicklungspolitischer Konsens zur Erreichung des 0,7 %-Ziels sollte von allen Fraktionen gemeinsam getragen und gemeinsam verantwortet und so parteipolitischen Profilierungsversuchen entzogen werden.

Dafür werden wir uns mit aller Überzeugung einsetzen.

Unterschrieben von:	372	Abgeordneten	von insgesamt	620
CDU/CSU	65		von	237
SPD	137		von	146
FDP	26		von	93
Linke	76		von	76
Grüne	68		von	68

### ... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

**Spendenkonto:** 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

**Spenden per SMS:** Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

### Bankverbindung / Spendenkonto:

Konto Nr. 32 123 00, BLZ 100 205 00, Bank für Sozialwirtschaft AG

Spenden per SMS:

Stichwort „Weitblick“ an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) oder bei einem unserer beiden Büros:

### Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

### Germanwatch – Büro Berlin

Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



Per Fax an:

+49 (0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.  
Büro Berlin  
Schiffbauerdamm 15  
D-10117 Berlin

### Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)  
Zahlungsweise:  jährlich  vierteljährlich  monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von  
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut .....

BLZ .....

Kontonummer .....

Unterschrift .....